

Green Deal: „Wir brauchen eine progressive Entbürokratisierung“

Von Marc Winkelmann

Wenn die Umwelt- und Klimagesetze nicht vereinfacht werden, gerät der Green Deal in Gefahr, sagt Dirk Messner, der Präsident des Umweltbundesamts. Es gehe jetzt darum, schlanke Lösungen zu finden – und mehr künstliche Intelligenz einzusetzen.

Herr Messner, es gibt viele Klagen über die Umwelt- und Klimagesetzgebung. Sie sei zu unübersichtlich und zu langsam und Daten für die EU-Berichterstattung zu Nachhaltigkeit, Lieferketten und Taxonomie würden mehrfach abgefragt. Stimmen Sie zu?

Ja, es gibt Bürokratie, die keinen zusätzlichen umwelt- und klimapolitischen Nutzen hat und deshalb abgebaut werden sollte. Daran müssen wir arbeiten und Planungs- und Umsetzungsprozesse beschleunigen. Es geht darum, die staatliche Handlungsfähigkeit zu stärken und hohe Umwelt- und Klimaambitionen mit möglichst geringem Bürokratieaufwand zu erreichen. Allerdings wird von manchen Akteuren aus der Wirtschaft, im Parlament und zuweilen in den Gewerkschaften argumentiert, dass das Bürokratieproblem durch die Absenkung der Ziele gelöst werden solle. Dieses Narrativ ist zurzeit einflussreich. Damit habe ich natürlich meine Probleme, weil unsere Studien zeigen, dass wir schnell handeln müssen.

Wie konnte es so weit kommen, dass die Regelungen jetzt derart komplex sind?

Die Gesetzgebungsdynamiken auf EU- und Bundesebene haben in jedem Sektor vielfältige neue Aktivitäten mit ambitionierten Zielen geschaffen. Allerdings agieren unser politisches System und die Behörden sehr arbeitsteilig und auf Einzelinstrumente orientiert. Bereits komplexe institutionelle Rahmenbedingungen werden durch zusätzliche Initiativen, zusätzliche Instrumente, zusätzliche Berichterstattungen immer komplexer und langsamer. Dieses „additive Muster“ funktioniert noch im Prozess inkrementellen Wandels, kann jedoch dysfunktional werden, wenn man, wie im Falle des European Green Deal, transformativen Wandel voranbringen will.

Wie lässt sich das lösen?

Meine Lehre ist, dass dieser Wandel zur Nachhaltigkeit nur mit einer gleichzeitigen Staatsmodernisierung gelingt. Was wir jetzt brauchen, ist ein Systemblick. Ich nenne es „progressive Entbürokratisierung“. Wir müssen die institutionellen Rahmenbedingungen in jedem Sektor auf die Kernziele des Green Deal – Klimaneutralität, zirkuläre Wirtschaft, Schutz der Ökosysteme, Zero Pollution –

ausrichten, und das so schlank wie möglich. Wir müssen aus diesem additiven Modell raus.

Können Sie erkennen, dass dieses Thema im Zuge des EU-Nachhaltigkeitsomnibus angegangen wird? Im Vordergrund scheint aktuell eher zu stehen, Fristen zu verschieben und Anwendungsbereiche zu lockern.

Sicher, der erste und schnellste Zugriff ist, die Ziele abzusenken. Ich sehe aber auch, dass Fragen zur Systemproblematik gestellt werden. Etwa beim CO₂-Grenzausgleichsmechanismus CBAM: Es wird geschaut, wie man die Anwendung so zuschneiden kann, dass man einerseits den größten Teil der Importe energieintensiver Produkte erreicht, andererseits aber nicht unglaublich viele Kleinstakteure im Spiel hat. Bei den Berichterstattungspflichten müssen Vorschläge auf den Tisch, um Indikatoren zu vereinfachen, Mehrfachabfragungen zu verhindern, Datensätze miteinander zu verschneiden und digitale Infrastrukturen wirksam zu nutzen.

Wer ist denn beim Abbauen der Redundanzen besonders gefordert? Der Umweltminister? Die EU-Kommission? Das Umweltbundesamt?

Das sollte das Ziel von allen sein, und ich sehe uns vom UBA auf alle Fälle im Boot. Redundante institutionelle Rahmenbedingungen entstehen zum Beispiel, wenn ein Ziel in drei, vier Ministerien mit unterschiedlichen Instrumenten verfolgt wird und der Mechanismus, der das Gesamtpaket im Blick behält, schwach ist. Wir als UBA können Vorschläge machen und konkret sehe ich drei Aufgaben. Erstens müssen wir die Effizienz im System erhöhen, Datenerhebungen vereinfachen, digitale und KI-basierte Prozesse umfassend nutzen sowie Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsprozesse straffen. Zweitens: Redundanzen abbauen, wo sie keinen Sinn ergeben. Drittens: Roadmaps entwickeln, um die institutionellen Rahmenbedingungen in jedem Sektor schrittweise so umzubauen, dass sie helfen, die Ziele des Green Deal mit möglichst schlankem Bürokratieaufwand zu erreichen. So wie etwa Stahlunternehmen ihre Betriebssysteme umstrukturieren, um klimaneutral zu werden, besteht für den Staat die Aufgabe, die institutionellen Systeme von Sektor zu Sektor auf unsere Umwelt- und Klimaziele auszurichten: weg von dem skizzierten „additiven Muster“, mehr Kontext- als Detailsteuerung.

Widerspricht das nicht der Logik der Politik? Jede Ministerin und jeder Minister will sich mit eigenen Vorschlägen profilieren. Die Idee, bestehende Regeln zu überarbeiten und über Silos hinweg zusammenzuarbeiten, erscheint da weniger interessant.

Die Wirkung von Politik und die Handlungsfähigkeit des Staates sollten im Zentrum stehen. Möglichst viele Einzelinitiativen oder Regulationen auf den Weg gebracht zu haben, ist kein Erfolgsindikator. Wenn Politik an Wirkung orientiert ist, entsteht auch Vertrauen.

Das Klagen über die Regulierung kommt vor allem aus der Wirtschaft. Gibt es aber auch Aufgaben, die Unternehmen übernehmen sollten?

Mit Markus Kerber, dem ehemaligen Hauptgeschäftsführer des BDI, sowie Martina Merz, der ehemaligen Chefin von Thyssen-Krupp, war ich mir kürzlich bei einer Podiumsdiskussion einig, dass wir alle vermeiden sollten, unter dem Deckmantel der Entbürokratisierung die Kernziele des European Green Deal infragezustellen. Wenn wir

darüber einen Konsens herstellen könnten und mit einer Stimme sprechen würden, wäre ein großer Schritt getan. Auf dieser Grundlage könnten wir über bürokratiearme Lösungen streiten. Das täte auch unserer Demokratie gut.

Sie haben die Digitalisierung erwähnt. Wie kann sie helfen, Redundanzen abzubauen?

Nehmen Sie Windenergieanlagen. Betreiber müssen mit großem Aufwand gewisse Daten melden, die dann in Excel-Tabellen und PDF-Dateien überführt werden. Wir haben ein KI-Modell entwickelt, um diese Daten, gestützt von Satellitenbildern, automatisiert zu erheben. Oder nehmen Sie den illegalen Tierhandel. Bisläng sitzen Fahnder vor Bildschirmen, um im Internet kriminelle Geschäfte nachzuvollziehen. Mit einem Algorithmus zur Bild- und Mustererkennung geht das besser, schneller und rund um die Uhr.

Können KI-Sprachmodelle auch Redundanzen in Gesetzen und Verwaltungsvorschriften erkennen?

Ja, können sie. Am UBA arbeiten wir daran, wie sie unsere Vollzüge und Verwaltungsprozesse unterstützen können. Dabei geht es nicht nur um Effizienz und Wirksamkeit: Weniger Bürokratie bedeutet oft weniger Ressourcenverbrauch. Wichtig sind ethische Leitplanken und die Belastbarkeit der Entscheidungen. Wir nennen das den „Human in the Loop-Ansatz“. Die Technologie unterstützt, aber die finale Bewertung liegt bei den Expertinnen und Experten.

Wie groß ist Ihre Befürchtung, dass die Debatte um die Bürokratie zu einer Abschwächung der Klima- und Umweltziele führt?

Ich bin besorgt. Bei der Einführung war der European Green Deal das ambitionierteste Green-Economy-Projekt der gesamten Weltwirtschaft. Jetzt müssen wir ihn stabilisieren – und wenn wir bei der Bürokratiefrage keine guten Antworten finden, geraten wir hier in schwieriges Fahrwasser. China wartet bei grünen Innovationen nicht auf uns. Beim European Green Deal geht es letztlich sowohl um den Planeten als auch um unsere Wohlstandssicherung.